

Südkoreanischer Oppositionsführer hält Martial-Law-Ankündigung für Deepfake

Der Oppositionsführer Südkoreas hielt die martialische Gesetzesanordnung des Präsidenten Yoon für ein Deepfake. Seine Partei fordert nun die Amtsenthebung des Präsidenten. Erfahren Sie mehr über die Entwicklungen.

Der Vorsitzende der **wichtigsten Oppositionspartei Südkoreas** dachte zunächst, die Ankündigung des Präsidenten über den Ausnahmezustand in der Nacht sei eine Fälschung, als er sie zum ersten Mal sah. Dies berichtete er am Donnerstag gegenüber CNN, während seine Partei nun den Austritt aus dem Amt des Landeschefs anstrebt.

Präsident Yoon erklärt den Ausnahmezustand

Präsident Yoon Suk Yeol **gab das Dekret** bekannt, das nur wenige Stunden gültig war, bevor es von Abgeordneten, die mit Gewalt ins Parlament eindrangen, aufgehoben wurde. Diese außergewöhnliche Mitteilung erfolgte in einer späten Fernsehansprache am Dienstagabend.

„An diesem Abend, nachdem ich von der Arbeit kam, lag ich im Bett mit meiner Frau, als sie mir plötzlich ein YouTube-Video zeigte und sagte: ‚Der Präsident erklärt den Ausnahmezustand‘“, berichtete Lee Jae-myung, der Vorsitzende der liberalen Demokratischen Partei (DP), gegenüber CNN.

„Ich antwortete: ‚Das ist eine Fälschung. Das kann nicht echt sein.‘“, fügte er hinzu und bezog sich dabei auf den Begriff für

gefälschte Audio- und Videoaufnahmen, die mit Hilfe von künstlicher Intelligenz erstellt werden.

Reaktionen auf die Ankündigung

„Als ich das Video sah, erklärte der Präsident tatsächlich den Ausnahmezustand – und ich dachte mir, ‚Das ist gefälscht, das ist nicht wahr.‘“ Lee war Yunis Hauptgegner bei der Präsidentschaftswahl 2022 und sieht sich selbst **mit zahlreichen rechtlichen Schwierigkeiten konfrontiert**, nachdem er wegen krimineller Anklagen angeklagt wurde.

Die Nachricht war **besonders schockierend**, da Südkorea in den letzten vier Jahrzehnten gewaltsame autoritäre Herrschaft in eine lebendige Demokratie verwandelt hat, die durch häufige Proteste und geschützte Freiheiten geprägt ist – ein hart erkämpfter Sieg nach einer langen Geschichte blutiger Repression.

Dringlichkeit im Parlament

Innerhalb einer Stunde nach Yunus Ankündigung des Ausnahmezustands eilte Lee zum Parlament in Seoul und forderte seine Parteikollegen in ihrer Telegram-Gruppe auf, „sich so schnell wie möglich in der Nationalversammlung zu versammeln, um den Antrag zur Aufhebung des Ausnahmezustands zu verabschieden“.

Als er jedoch das Nationalversammlung erreichte, sah er, dass Abgeordnete daran gehindert wurden, einzutreten, während Truppen begannen, das Hauptgebäude abzuriegeln und Militärhubschrauber über ihm kreisten. Daher gelang es ihm, über einen Zaun zu klettern, um ins Gebäude zu gelangen – und er streamte die ganze Zeit live, in einem viralen Video, das seitdem von vielen Millionen auf der Plattform X angesehen wurde.

Insgesamt konnten 180 Abgeordnete – hauptsächlich der

Opposition, aber auch mehrere Mitglieder von Yunus eigener Partei – schließlich ins Parlament gelangen, um das Dekret abzulehnen, was Yoon dazu veranlasste, den Ausnahmezustand am frühen Mittwoch aufzuheben.

Steigende Druck auf Präsident Yoon

Der Druck auf den Präsidenten hat in den Tagen nach der Ankündigung zugenommen, da Demonstranten und Oppositionsvertreter sein Amtsenthebungsverfahren fordern. Auch in Yunus eigener Partei und im Militär wankt die Unterstützung.

Die nationale Polizei hat eine Untersuchung gegen Yoon und andere hochrangige Beamte wegen Hochverrats eingeleitet. Inzwischen hat Lees Demokratische Partei angekündigt, Anklage gegen Yoon und andere Beamte wegen Aufstand zu erheben.

Die Opposition brachte zudem ein Amtsenthebungsverfahren im Parlament ein, über das möglicherweise bereits am Samstag abgestimmt werden könnte. Sollte eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht werden, würde der Antrag zur Genehmigung an eines der höchsten Gerichte des Landes weitergeleitet.

Die regierende Partei, die „People Power Party“, bemüht sich jedoch, diesen Schritt zu blockieren. Parteivorsitzender Han Dong-hoon erklärte in einer Pressekonferenz am Donnerstag, er würde sich gegen das Amtsenthebungsverfahren aussprechen, da dies „unvorbereitetes Chaos“ verursachen könnte. Er betonte jedoch, dass er „den verfassungswidrigen Ausnahmezustand von Präsident Yoon nicht verteidige“.

Mehrere Regierungsvertreter sind zurückgetreten, darunter der Verteidigungsminister, der wegen seiner Rolle bei der Einleitung des Ausnahmezustands stark kritisiert wurde. Unterdessen haben sich ranghohe Militärangehörige entweder von der Ausnahmezustandsdekret distanziert oder erklärt, sie seien davon selbst überrascht worden.

Schlafende Abgeordnete im Parlament

Viele Abgeordnete wagen es unterdessen nicht, das Parlamentsgebäude zu verlassen – darunter die Oppositionsabgeordnete Kang Sun-woo, die seit Dienstagabend dort ist. „Wir sind besorgt und haben Angst, dass Präsident Yoon jederzeit erneut einen Ausnahmezustand erklären könnte... seit der letzte Ausnahmezustand gescheitert ist“, sagte sie am Donnerstag gegenüber CNN. „Deshalb bleiben wir hier und gehen nicht nach Hause... Wir schlafen, essen und einige Kollegen waschen sich hier in der Nationalversammlung.“

Jetzt stellen sich Fragen über die Zukunft von Yoons Präsidentschaft, die Position seiner Partei in der Regierung und wie sich dies auf die politische Landschaft einer großen asiatischen Volkswirtschaft und eines wichtigen regionalen US-Verbündeten auswirken könnte.

Lee, ein Menschenrechtsanwalt, der zum ehemaligen Provinzgouverneur wurde, verlor die Wahl 2022 nur mit einem hauchdünnen Vorsprung – doch keiner der Kandidaten war besonders populär. Beide Männer waren in Skandale verwickelt und wurden in den Jahren danach von rechtlichen Fällen und Vorwürfen verfolgt.

Lee sieht sich nun mehreren Verfahren, einschließlich wegen Bestechung und Vorwürfen im Zusammenhang mit einem Immobilienentwicklungsskandal in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar, gegenüber. Im November wurde er wegen persönlicher Missbräuche öffentlicher Mittel angeklagt und zudem wegen Verstoßes gegen das Wahlrecht verurteilt und bestraft. Er hat die Vorwürfe zurückgewiesen und angekündigt, Berufung einzulegen – er erklärte gegenüber CNN am Donnerstag, er sei „ohne jeglichen Beweis oder Grundlage“ in einem Akt „politischer Rache“ verhaftet worden.

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)